

**NIEDERSCHRIFT**  
**ÜBER DIE 08. SITZUNG DES KREISTAGS DES RHEIN-LAHN-KREISES**  
**IN DER 10. WAHLPERIODE AM 04.04.2016**  
**IN BAD EMS**

---

**Es sind anwesend:**

**A. Vorsitzender:**

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

**B. Kreisbeigeordnete:**

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern  
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof  
Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst Niederneisen

**C. Mitglieder des Kreistages:**

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen  
Frau Monika Becker Winden  
Herr Matthias Boller Lahnstein  
Herr Klaus Brand Ehr  
Herr Karl Peter Bruch Nastätten  
Herr Jörg Denninghoff Allendorf  
Herr Christoph Ferdinand Lahnstein  
Herr Manfred Friesenhahn Weisel  
Herr Raimund Friesenhahn Dahlheim *(bis 19.25 Uhr bei TOP II.1)*  
Frau Erika Fritsche Winden  
Herr Harald Gemmer Eisighofen  
Herr Carsten Göller Eschbach *(bis einschl. I.7, 18.55 Uhr)*  
Herr Günter Groß Lahnstein  
Herr Bernd Hartmann Gemmerich  
Herr Horst Klöppel Katzenelnbogen  
Herr Peter Labonte Lahnstein  
Herr Matthias Lammert Diez  
Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein  
Herr Johannes Lauer Lahnstein  
Herr Franz Lehmler Nievern  
Herr Ulrich Lenz Katzenelnbogen  
Frau Ursula Ohl Altendiez  
Herr Ernst-Georg Peiter Miehlen  
Herr Udo Rau Nassau  
Herr Oliver Sacher Gemmerich

Herr Peter Schleenbecker	Katzenelnbogen
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr Thomas Scholl	Oelsberg
Herr Birk Utermark	Bad Ems <i>(bis 1.7)</i>
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Josef Winkler	Bad Ems
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen
Herr Emil Werner	Nastätten
Frau Rita Wolf	Braubach

**D. Es fehlen:**

Herr Werner Groß	Lahnstein
Herr Jens Güllering	Kestert
Herr Heinz Keul	Fachbach
Herr Hans-Josef Kring	Lykershausen
Herr Jürgen Linkenbach	Dausenau
Herr Dennis Maxeiner	Dahlheim
Herr Dietmar Meffert	Diez
Frau Evelin Stotz	Schiesheim

**E. Von der Verwaltung:**

Frau Büroleiterin Ute Hahn  
Herrn Geschäftsbereichsleiter Hans-Ulrich Schöberl  
Frau stv. Geschäftsbereichsleiterin Andrea Kleinmann  
Herr Referatsleiter Ralf Zimmerschied  
Frau Franziska Menche  
Herr Abteilungsleiter Dr. Gerwin Dietze  
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche  
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri  
Herr kaufmännischer Werkleiter Thomas Fischbach  
Frau stv. Abteilungsleiterin Petra Hoppe  
Herr Joachim Schneider  
Herr Gilberg-Rindsfüßer  
Anwärterinnen und Anwärter der Verwaltung

**F. Schriftführerin:**

Frau Anna Klein

**G. Gäste:**

Herr Pauly, Geschäftsführer Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH  
Herr Junghans, Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH  
Herr Andreas Joeckel, Rhein-Lahn-Zeitung  
Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Lahn-Kreises

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Kreistags um 17.07 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 22.03.2016 vorgelegten Tagesordnung bittet der Vorsitzende, den Tagesordnungspunkt I.3.g) „Nachwahl eines Vertreters des Rhein-Lahn-Kreises in die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald“ von der Tagesordnung abzusetzen, da hier keine Notwendigkeit für eine Nachwahl gegeben sei.

Die Mitglieder des Kreistages beschließen einstimmig, den Punkt I.3.g) „Nachwahl eines Vertreters des Rhein-Lahn-Kreises in die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Ansonsten werden keine Einwendungen erhoben bzw. keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Tagesordnung wie folgt einstimmig beschlossen wird:

## I. Öffentliche Sitzung:

1. Verpflichtung und Einführung eines neuen Kreistagsmitglieds
2. Genehmigung der Niederschrift
3. Wahlen;
  - a) Nachwahl eines/r Beisitzers/Beisitzerin in den Kreisrechtsausschuss
  - b) Nachwahl eines/r Patientenfürsprechers/- fürsprecherin nach dem Landeskrankengesetz
  - c) Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds in den Kreisausschuss
  - d) Nachwahl eines Vertreters/ einer Vertreterin in die in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft Rhein-Lahn mbH
  - e) Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds in den Schulträgerausschuss
  - f) Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Nassau
4. Bericht der Besuchskommission nach § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG)
5. Finanzangelegenheiten;  
Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen
6. Mobilität im Rhein-Lahn-Kreis;  
Fährzeitenverlängerung
7. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder
8. Einwohnerfragestunde

9. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

## II. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Ausschreibungsverfahren
2. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

## I. Öffentliche Sitzung:

### Punkt 1:

#### **Verpflichtung und Einführung eines neuen Kreistagsmitglieds**

Der **Vorsitzende** informiert, Herr Josef Oster habe die Niederlegung seines Kreistagsmandats erklärt. Nach dem Ergebnis der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 sei als Nachrückerin auf der Liste der CDU Frau Ursula Ohl, Altendiez, verzeichnet.

Die schriftliche Wahlannahmeerklärung wurde bereits abgegeben.

Der **Vorsitzende** begrüßt Frau Ursula **Ohl** und betont die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für den Kreis, insbesondere auch durch die Mitgliedschaft im Kreistag.

Der **Vorsitzende** verpflichtet Frau Ursula **Ohl** namens des Landkreises durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten.

### Punkt 2:

#### **Genehmigung der Niederschrift**

Gegen die vorgelegte Niederschrift der 07. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode vom 14.12.2015 werden *keine* Einwendungen erhoben bzw. keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

**Punkt 3:****Wahlen;**

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass eine Wahl gemäß § 33 Absatz 5 LKO offen und per Handzeichen durchgeführt werden kann, sofern der Kreistag dies beschließt. Durch die Niederlegung des Kreistagsmandates von Herrn Oster seien Nachwahlen eines Nachrückers/ einer Nachrückerin in die folgenden Gremien erforderlich.

**a) Nachwahl eines/r Beisitzers/Beisitzerin in den Kreisrechtsausschuss**

Der Kreistag beschließt einstimmig, die Abstimmung gemäß § 33 Absatz 5 LKO offen und per Handzeichen durchzuführen.

Der Kreistag wählt entsprechend dem Wahlvorschlag im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig folgende Person zum Beisitzer in den Kreisrechtsausschuss:

Ifd. Nr.	Mitglied	Wohnort	Funktion	Wahlvorschlag von
1	Lehmler, Franz	Nievern	ordentliches Mitglied	CDU

**b) Nachwahl einer Patientenfürsprecherin nach dem Landeskrankenhausgesetz (LKG)**

Der Kreistag beschließt einstimmig, die Abstimmung gemäß § 33 Absatz 5 LKO offen und per Handzeichen durchzuführen.

Der Kreistag wählt entsprechend dem Wahlvorschlag im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig die von dem Krankenhausträger vorgeschlagene Person zur Patientenfürsprecherin nach dem Landeskrankenhausgesetz (LKG):

Ifd. Nr.	Mitglied	Wohnort	Funktion	Wahlvorschlag von
1	Canz, Regine	Bad Ems	Patientenfürsprecherin	Paracelsus-Klinik Bad Ems

**c) Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds in den Kreisausschuss**

Der Kreistag beschließt einstimmig, die Abstimmung gemäß § 33 Absatz 5 LKO offen und per Handzeichen durchzuführen.

Der Kreistag wählt entsprechend dem Wahlvorschlag im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig folgende Person zum ordentlichen Mitglied des Kreisausschusses:

lfd. Nr.	Mitglied	Wohnort	Funktion	Wahlvorschlag von
1	Rau, Udo	Nassau	Ordentliches Mitglied	CDU

**d) Nachwahl eines Vertreters in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft Rhein-Lahn mbH**

Der Kreistag beschließt einstimmig, die Abstimmung gemäß § 33 Absatz 5 LKO offen und per Handzeichen durchzuführen.

Der Kreistag wählt entsprechend dem Wahlvorschlag im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig folgende Person zum Vertreter in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft Rhein-Lahn mbH:

lfd. Nr.	Mitglied	Wohnort	Funktion	Wahlvorschlag von
1	Güllering, Jens	Kestert	Ordentliches Mitglied	CDU

**e) Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds des Schulträgersausschusses**

Der Kreistag beschließt einstimmig, die Abstimmung gemäß § 33 Absatz 5 LKO offen und per Handzeichen durchzuführen.

Der Kreistag wählt entsprechend dem Wahlvorschlag im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig folgende Person als ordentliches Mitglied des Schulträgersausschusses:

lfd. Nr.	Mitglied	Wohnort	Funktion	Wahlvorschlag von
1	Ohl, Ursula	Altendiez	Ordentliches Mitglied	CDU

**f) Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Nassau**

Der Kreistag beschließt einstimmig, die Abstimmung gemäß § 33 Absatz 5 LKO offen und per Handzeichen durchzuführen.

Der Kreistag wählt entsprechend dem Wahlvorschlag im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig folgende Person als ordentliches Mitglied in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Nassau:

lfd. Nr.	Mitglied	Wohnort	Funktion	Wahlvorschlag von
1	Klöppel, Horst	Katzenelnbogen	Ordentliches Mitglied	CDU

**Punkt 4:****Bericht der Besuchskommission nach § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG)**

Der **Vorsitzende** bittet Frau Laschet-Einig, den Bericht vorzutragen.

Frau **Laschet-Einig** nimmt zunächst Bezug auf den vorliegenden Bericht der Besuchskommission, welcher der Niederschrift beigelegt werden solle (*Anlage 1*).

Sie berichtet zunächst über personelle Veränderungen. Problematisch stelle sich weiterhin die räumliche Situation auf der geschützten Station des St.-Elisabeth-Krankenhauses Lahnstein dar. Der Erweiterungsbau solle zügig erfolgen. Künftig werde es dann 2-Bett-Zimmer mit eigener Dusche und WC geben, sowie ein einzelnes Zimmer für Gespräche. Auch soll ein geschützter Freiraum entstehen. Die Plätze der Tagesklinik würden von 10 auf 20 Plätze erweitert werden.

Sie führt aus, dass es zunächst Kritik seitens der Besuchskommission an der Führung der Pläne gegeben habe. Daher hätten auch unangemeldete Besuche stattgefunden. Auch Gespräche mit Patienten seien geführt worden. Zuletzt sei alles vollständig dokumentiert worden.

Herr **Göller** bedankt sich bei Frau **Laschet-Einig** für die geleistete Arbeit der Besuchskommission. Er führt an, dass der geplante Umbau und die Erweiterung positiv zu bewerten seien. Er erkundigt sich, ob es weiterhin unangekündigte Besuche geben werde.

Herr **Lenz** fragt bezüglich Punkt 2.2 an, ob die Ausführung „keine erhebliche Nachfrage“ näher erläutert werden könne sowie die Thematik einer knappen Personaldecke.

Hinsichtlich Punkt 2.5 und der dort angesprochenen Beschwerden im Internet erkundigt er sich, ob es hierfür ein Portal des Krankenhauses gebe.

Er führt an, dass es wichtig sei, die Protokollierung weiter im Blickfeld zu haben.

Bezüglich des Fragenkataloges fragt er zu Frage 9 und der Formulierung, dass keine Fälle dokumentiert seien an, ob die Station nicht wisse, ob Patienten direkt aus der stationären Behandlung in Katzenelnbogen aufgenommen worden seien.

Hinsichtlich der Einstellung eines zusätzlichen Stationsarztes erkundigt er sich, ob eine doppelte Besetzung rund um die Uhr erfolge. Bezüglich der Niederflurbetten merkt er an, dass dies gerade für ältere Menschen zum Aufstehen problematisch sein könne.

Frau **Laschet-Einig** bietet an, dass sie im Anschluss an die Sitzung für eine ausführliche Beantwortung der Fragen zur Verfügung stehe. Hinsichtlich der Nachfrage von Herrn Göller führt sie an, dass es auch weiterhin unangekündigte Besuche geben werde.

Bezüglich der Rückfragen von Herrn Lenz erläutert sie, dass die Niederflurbetten in einer Testphase seien und dazu dienten, mögliche Stürze zu lindern.

Die personelle Besetzung sei weiterhin knapp, man gehe davon aus, dass es, auch insbesondere bei der Erweiterung, verstärkt Personal geben werde.

Bezüglich der PIA merkt sie an, dass diese unter Führung von Dr. Mobascher eine andere Wertigkeit einnehme. Die Arbeit solle noch weiter intensiviert werden.

Im Anschluss an die Sitzung könne sie weitere Fragen beantworten.

Der **Vorsitzende** merkt an, dass die Antworten der Niederschrift beigelegt werden (Anlage 2).

Herr **Lammert** bedankt sich für die Arbeit der Besuchskommission und führt an, dass es sich bei der Erweiterung um eine sinnvolle Maßnahme handele.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

#### **Punkt 5:**

#### **Finanzangelegenheiten;**

#### **Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen**

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage.

Herr **Göller** führt an, die Entwicklung sei auch für den Kreishaushalt negativ. Allerdings handele es sich um vertragliche Verpflichtungen, die man eingegangen sei. Deshalb werde die SPD-Kreistagsfraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen, auch wenn an der Angelegenheit selbst Kritik geübt werde.

Herr **Lenz** führt an, es handele sich hier um ein Beispiel was passieren kann, wenn auch beispielsweise das TTiP Abkommen in Kraft trete. Es werde hier etwas von einer staatlichen Institution auf einen Privaten übertragen. Seiner Information nach habe es auch lediglich einen Anbieter gegeben. Er habe zunächst überlegt, gegen den Beschlussvorschlag zustimmen, werde sich aber aufgrund der Zahlungsverpflichtung enthalten.

Herr **Brand** erkundigt sich, welche Kosten noch auf den Kreis zukommen könnten.

Der **Vorsitzende** führt an, dies sei derzeit noch nicht dokumentiert und absehbar. Die derzeitigen Kosten ergäben sich aus den vorliegenden Fakten wie beispielweise Kassenkredite oder Personalverpflichtungen.

Herr **Brand** kritisiert, dass es um große Summen ginge, die auf den Kreis zukommen könnten.

Der **Vorsitzende** merkt an, es handele sich hier um keinen einfachen Themenkomplex. Man werde den Altlastenzweckverband anschreiben mit der Bitte um entsprechende Auskunft. Die Informationen werde er in der nächsten Sitzung weitergeben.

Die Mitglieder des Kreistages genehmigen einstimmig bei drei Stimmenthaltungen die überplanmäßige Aufwendung/ Auszahlung von 107.090,50 € an den Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte.

#### **Punkt 6:**

#### **Mobilität im Rhein-Lahn-Kreis;**

#### **Fährzeitenverlängerung**

#### **sowie Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 29.03.2016 „Aktuelles Scheitern der Verhandlungen bzgl. der Verlängerung der Fährzeiten“**

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Thematik und die vorliegende Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion.

Die Ausgangslage sei ein Modellprojekt vom Land mit einem mit dem Fährbetreiber ausgehandelten Vertrag, befristet bis zum 31. März 2016.

Am 01.02.2016 sei ein Beschluss des Kreisausschusses zur Fortführung der Fährzeitverlängerung zwischen St. Goar und St. Goarshausen getroffen worden. Im Februar sei daher auch die Abstimmung mit dem Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises zum weiteren Vorgehen erfolgt.

Ebenfalls im Februar sei ein Schreiben an das Ministerium verfasst worden mit der Bitte um ein Gespräch bezüglich der beabsichtigten Fährzeitenverlängerung. Es erfolgte eine mündliche Zusage zur Fortführung der Fährzeitverlängerung – Gegenwert rund 100.000 € - mit der Bitte um Antragstellung durch die beiden Kreise. In Abstimmung mit dem Ministerium erfolgte die Information des Fährbetreibers auf Basis der Landeszusage zur Verlängerung des durch das Land in 2012 ausgehandelten Vertrags. Der Fährbetreiber habe hier auf noch zu besprechende Punkte im personellen, rechtlichen und organisatorischen Bereich hingewiesen. Es sei die Abstimmung eines Termins mit dem Ministerium vereinbart worden. Durch die Kreisverwaltung sei daraufhin der Verhandlungstermin im Ministerium unter Beteiligung der Ministeriumsabteilungsleitung, der Referenten, der beiden Kreisverwaltungen und dem Fährbetreiber abgestimmt worden, zu dem vom Fährbetreiber als frühestmöglichen genannten Zeitpunkt am 21.03.2016. Die Einladung zum Termin in Mainz sei durch das Ministerium per Mail vom 02.03.2016 erfolgt. Im März sei ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn an das Ministerium in Abstimmung mit dem rhein-Hunsrück-Kreis gestellt worden. Am 15. März habe man durch einen Anruf vom Ministerium erfahren, dass der Fährbetreiber mit Schreiben vom 14. März 2016 den Termin abgesagt habe. Es sei daraufhin ein sofortiger Anruf beim Fährbetreiber erfolgt, mit der Bitte, am Gespräch im Interesse der Region teilzunehmen. Der Fährbetreiber habe zugesagt unter der Bedingung, dass der Sprecher des Fährverbandes teilnehme. Dies sei nach Absprache mit dem Ministerium in Mainz möglich gewesen. Daher sei der Sprecher des Fährverbandes zum Verhandlungstermin in Mainz durch die Kreisverwaltung eingeladen worden.

Der vorzeitige Maßnahmebeginn sei durch das Ministerium am 17.03.2016 genehmigt worden. Am 21. März 2016 habe das Gespräch in Mainz stattgefunden. Es sei mit dem Fährbetreiber und dem Sprecher des Fährverbandes verhandelt worden. Der Fährbetreiber habe hierbei logistische, personelle und zeitliche Herausforderungen bei einer Verlängerung des Modellprojektes deutlich gemacht. Die Teilnehmer aus dem Ministerium und der beiden Kreisverwaltungen hätten daraufhin den Fährbetreiber im Interesse der Region gebeten, eine endgültige Entscheidung zu überdenken. Dabei seien Kompromisslösungen, Zeitrahmen, Verbundlösungen, ein späterer Beginn oder auch ggf. Übergangslösungen angeboten worden. Außerdem sei der Fährbetreiber und der Sprecher des Fährverbandes ausdrücklich gebeten worden, die Verbindung über den Rhein im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen und es sei das ausdrückliche Angebot ausgesprochen worden, den weiteren Weg gemeinschaftlich zu gehen.

Am 24.03.2016 habe man aus Mainz die Nachricht erhalten, dass der Fährbetreiber eine Fährzeitenverlängerung aus personellen und organisatorischen Gründen schriftlich abgesagt habe. Am selben Tag habe die Referentin des Zweckverbandes Oberes Mittelrheintal mit dem Fährbetreiber gesprochen mit der Bitte, wegen des Projektes Rheinleuchten am 01. und 02. April abends zu fahren. Dies sei vom Fährbetreiber abgelehnt worden. Der Vorsitzende führt aus, er habe über die Osterfeiertage in persönlichen Gesprächen mit dem Ministerium und der Zweckverbandsgeschäftsführung vorgeschlagen, kurzfristig zu einer gemeinsamen Runde aller Fährbetreiber am Mittelrheintal und Sprecher des Fährverbandes einzuladen, mit dem Ziel, eine Lösung im Interesse der Menschen zu finden und gemeinschaftlich für das Mittelrheintal zu arbeiten.

Das Gespräch sei für Montagabend, den 04.04.2016, in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes in St. Goarshausen terminiert. Es handele sich um ein Gespräch mit den Fährbetreibern, dem Sprecher des Fährverbandes, der Geschäftsführerin des Zweckverbandes und Vertretern des Ministeriums.

Im Interesse des Mittelrheintals werde weiterhin mit dem Zweckverband als Vertretung von 4 Landkreisen, 2 Ländern und über 50 Kommunen um eine Lösung gekämpft. Er persönlich erwarte von allen Beteiligten gerade im Hinblick auf die Region bei allem Verständnis für Kurzfristigkeit, für personelle und organisatorische Probleme, dass gemeinschaftlich nach einer Lösung gesucht werde. Es gehe um die Region und gerade auch für die Fährer um ein Signal im Mittelrheintal.

Herr **Lammert** bedankt sich für den Sachstandsbericht. Ziel müsse die Verlängerung der Fährzeiten sein. Er nimmt Bezug auf den gemeinschaftlichen Antrag im Kreisausschuss. Hier sei ein positives Signal gegeben worden, auch bezüglich der Förderungen. Schließlich sei durch die Zeitung bekannt geworden, dass es Probleme mit der Verlängerung gebe. Er erkundigt sich, ob damit zu rechnen gewesen sei, dass es entsprechende Probleme bei dem Fährbetreiber gebe. Er spricht sich dafür aus, sich weiterhin für die Verlängerung einzusetzen.

Herr **Göller** kritisiert, dass der Fährbetreiber angesetzte Termine kurzfristig abgesagt habe. Die SPD-Kreistagsfraktion spreche sich weiterhin klar für eine Verlängerung der Zeiten aus. Hier sei auch ein klares Signal für den Bau einer Mittelrheinbrücke zu erkennen. Er

nimmt Bezug auf einen Zeitungsartikel. Dies gehöre an dieser Stelle nicht in eine politische Diskussion. Er führt an, dass es sich hier um ein Thema handle, welches alle betreffe. Es sei wichtig, sich hier weiterhin gemeinschaftlich für eine Verlängerung einzusetzen.

Herr **Winkler** merkt an, er sei enttäuscht über das Verhandlungsergebnis.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen spreche sich für eine bessere Mobilität im Mittelrheintal aus. Er führt an, dass die Fährbetreiber hinsichtlich einer Planungssicherheit Probleme durch die Gespräche über den Bau einer Mittelrheinbrücke haben könnten.

Auch bezüglich der Modernisierung von Fähren stelle diese Unsicherheit ein Risiko für die Betreiber dar, auch bei Kreditvergaben könne sich dies auswirken. Er führt an, dass er die Bemühungen des Vorsitzenden für eine Verlängerung deutlich unterstütze.

Herr **Lenz** fragt an, ob der Fährbetreiber mit dem Zuschuss seine Unkosten decken könne und ob hier eine Ausschreibung erforderlich sei und ob der Fährbetreiber eine langfristige Konzession habe.

Herr **Hartmann** nimmt Bezug auf die Problematik der personellen Besetzung im Verhältnis zu der Inanspruchnahme der verlängerten Zeiten. Sofern mehr Geld verlangt werde, sollte dies nicht auf Kosten der Kreise gehen, sondern auch das Land in die Pflicht genommen werden. Er richtet die Bitte an die Fraktionsvorsitzenden der SPD- und CDU-Kreistagsfraktion, sich aktiv beim Land auch für den Bau einer Brücke gemeinschaftlich einzusetzen.

Herr **Lammert** merkt an, dass es vor der Wahl das Signal gegeben habe, dass eine Verlängerung zustande komme. Sofern es auch im Vorfeld schon Ankündigungen des Fährbetreibers gegeben habe, dass es hier eine Absage geben könnte sei es zu hinterfragen, ob nicht auch mit einem Scheitern der Verhandlungen hätte gerechnet werden können. Es solle sich weiterhin für den Bau einer Brücke eingesetzt werden und zunächst die Verlängerung der Fahrzeiten erreicht werden.

Herr **Göller** führt an, es sei ein Termin für den 21. März angesetzt gewesen. Mit Datum vom 14. März sei ein Absageschreiben eingegangen. Im Vorfeld habe man mit der Entwicklung so nicht kalkulieren können.

Der **Vorsitzende** erläutert die Fahrzeiten. Diese seien ab 01.04.2016 montags bis freitags von 5.30 bis 21.00 Uhr, samstags ab 06.20 Uhr und sonn- und feiertags ab 07.20 Uhr. Er bittet Herrn Zimmerschied, die Refinanzierung zu erläutern.

Herr **Zimmerschied** betont den großen Arbeitsanspruch. Im Jahr 2012 sei die vertragliche Grundlage komplett mit dem Land und dem Fährbetreiber abgewickelt worden. Der Kreis habe die Federführung übernommen und auch die Abrechnungen vorgenommen. Die Abrechnungen hätten natürlich zum einen aus der Kalkulation, welche der Fährbetreiber vorlegt hatte, bestanden. Daraufhin sei eine Prüfung der Kosten erfolgt. Die tatsächliche Lücke habe der Fährbetreiber ausgeglichen bekommen. Der Fährbetreiber betreibe

eine eigenwirtschaftliche Fähre. D.h. er bekomme in den normalen Zeiten auch keinen Zuschuss sondern nur für die Verlängerungszeiten. Dafür habe er auch eine entsprechende Konzession. Wie lange diese Konzession noch laufe, könne erfragt werden, diese werde vom LBM erteilt\*. Man habe keinen Einfluss auch auf die Preise. Für diese Preisstrukturen sei auch der LBM zuständig.

Herr **Lammert** erkundigt sich nach der Dauer der Konzession für den derzeitigen Fährbetreiber.

Herr **Zimmerschied** sichert zu, sich zu erkundigen. Diese Information könne im Protokoll aufgenommen werden.

Der **Vorsitzende** führt an, man werde weiter verhandeln und entsprechend Bericht erstatten.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis. Es sollen weitere Verhandlungen bezüglich der Fährzeitenverlängerung erfolgen. Über die Thematik soll weiterhin informiert werden.

*\* Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:*

*Während die Fährrechte in früherer Zeit zeitlich begrenzt vergeben wurden, gilt das Fährrecht inzwischen unbegrenzt. Lediglich für die Anlandung der notwendigen Rampen und Zuwegungen werden für fünf Jahre immer wieder gepachtet, wobei das Unternehmen für den Ausbau und Erhalt der Rampen und Rampenwagen verantwortlich ist.*

## **Punkt 7:**

### **Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen- und mitglieder;**

*\* Die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 29.03.2016 „Aktuelles Scheitern der Verhandlungen bzgl. der Verlängerung der Fährzeiten“ wurde unter Tagesordnungspunkt 6 behandelt*

#### **a) Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.03.2016 „Bundesverkehrswegeplan ändern, Rhein-Lahn-Kreis besser berücksichtigen“**

Der **Vorsitzende** übergibt Herrn Göller das Wort.

Herr **Göller** betont, dass Projekte, für welche man sich in der Region einsetze, seien dort abgestuft oder nicht richtig berücksichtigt worden. Der Bund habe einen Entwurf vorgelegt und ein Beteiligungsverfahren gestartet was derzeit laufe. Hier müsse sich der Kreis auch deutlich positionieren. Bezüglich des Tunnels Diez führt er an, das Projekt sei im vordringlichen Bedarf gewesen und sei jetzt abgestuft worden. Das Baurecht sei vorhanden. Genauso sei eine Alternativtrasse dringend notwendig. Man solle hierzu gemeinsam Stellung beziehen.

Herr **Lammert** begrüßt die Einstufung der Umgehung Niederneisen und Flacht in den vordringlichen Bedarf. Es sei bedauerlich, dass die kleine Tunnellösung diesmal nicht im vordringlichen Bedarf aufgenommen sei.

Man wolle sich hierfür einsetzen und habe auch Bundestagsabgeordnete der Region auf die Problematik hingewiesen. Er habe für die Fraktion vor zweieinhalb Wochen einen Brief

an Herrn Minister Dobrindt verfasst. Es handele sich hier um einen Entwurf. Deshalb sei auch der Appell nach Mainz zu richten, sich auch dort von Seiten der Landesregierung entsprechend einzusetzen. Das Projekt der Alternativtrasse sei zumindest aufgenommen. Die CDU-Kreistagsfraktion könne den Antrag unterstützen. Er bittet darum, Punkt 3 Satz 2 zu streichen.

Herr **Hartmann** und Frau **Becker** schließen sich dem Antrag an.

Herr **Lenz** führt an, dass er den Antrag ebenfalls unterstütze. Die Petition sei bisher noch nicht online. Jeder sollte dies als Einzelperson und der Kreistag als Gremium unterschreiben.

Herr **Winkler** führt aus, dass es sinnvoll sei zu sehen, welche Mitglieder aus Rheinland-Pfalz im Petitionsausschuss seien und diese um Berichterstattung zu bitten. Es handele sich hier um den Bundesverkehrswegeplan 2030, d.h. was nicht im vordringlichen Bedarf vermerkt sei habe auch bis zu diesem Zeitpunkt kaum Aussicht auf Verwirklichung. Eine einfache Anmeldung werde aber wohl nicht ausreichen. Nicht nachvollziehbar sei, dass die Umgehung Flacht-Niederneisen im vordringlichen Bedarf aufgenommen sei, der Tunnel in Diez aber nicht. Gerade bei der Frage der Alternativtrasse sei es wichtig, dass diese entsprechend aufgenommen werde.

Herr **Weiland** führt an, dass die Onlinepetition geprüft werde. Insbesondere der Kreistag solle sich anschließen. Der Text der Petition sei bereits abrufbar. In etwa 3 Wochen werde die Petition online sein. Parallel würden Unterschriften gesammelt.

Herr **Jüngst** betont, dass der Kreistag sich für die Einstufung der Umgehung Niederneisen Flacht im vordringlichen Bedarf aussprechen solle. Es solle nicht darum gehen, Maßnahmen zu tauschen.

Herr **Winkler** merkt an, dass es sich nur um den Hinweis gehandelt habe, dass lediglich ein weiteres Anmelden von vordringlichen Bedarfsfällen wenig Aussicht auf Erfolg habe. Der Antrag sollte zudem auch an den Verkehrsausschuss geschickt werden.

Herr **Basibüyük** führt aus, dass auch die ALFA-Fraktion den Antrag unterstützen werde.

Herr **Göller** merkt an, es sollten keine anderen Projekte abgewertet werden.

Die Mitglieder des Kreistages beschließen einstimmig:

- 1) Der Rhein-Lahn-Kreis lehnt den von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt vorgelegten Entwurf des Bundesverkehrswegeplans mit Blick auf die Einstufung der Tunnellösung Diez und der alternativen Güterverkehrsstrasse zum Mittelrheintal ab.
- 2) Der Rhein-Lahn-Kreis fordert den Bundesverkehrsminister auf, die Projekte Tunnel in Diez und eine alternative Güterverkehrsstrasse zum Mittelrheintal in den vordringlichen Be-

darf aufzunehmen.

- 3) Die neue Landesregierung wird gebeten, die Forderungen des Kreises zu unterstützen.
- 4) Landrat Puchtler und die Kreisverwaltung werden gebeten, die Forderungen gegenüber dem Bundesverkehrsminister zum Ausdruck zu bringen und ihn zu einem Termin vor Ort einzuladen, um ihm die Dringlichkeit der Projekte darzustellen.
- 5) Der Rhein-Lahn-Kreis beteiligt sich an der Online-Petition.
- 6) Die Möglichkeit der Online-Stellungnahme wird genutzt um das Anliegen (Ziffern 1 und 2) entsprechend zu positionieren.
- 7) Die Kreisverwaltung wird beauftragt, den Bundesverkehrrsausschuss auf die Problematik hinzuweisen.
- 8) Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Bundestagsabgeordneten der Region auf das Anliegen hinzuweisen und um entsprechende Unterstützung zu bitten.

#### **b) Anfrage der ALFA-Kreistagsfraktion zum Thema Auslastung von Kindertagesstätten vom 23.03.2016**

Der **Vorsitzende** führt aus, dass es den Kindertagesstättenbedarfsplan gebe, der auch im Jugendhilfeausschuss regelmäßig beraten, beschlossen und unterstützend auf den Weg gebracht werde. In den Städten Lahnstein und Bad Ems seien noch nicht ausreichend Kapazitäten vorhanden. Dort sollen zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden. Man hoffe, dass der Bedarf entsprechend gedeckt werden könne.

Die Aufnahmeanträge würden von den Eltern beim jeweiligen Träger der Kindertagesstätte gestellt, die eine entsprechende Warteliste führen. Das Jugendamt versuche, bei der Platzsuche zu vermitteln.

Grundsätzlich seien keine Kriterien erforderlich, da jedes Kind einen Rechtsanspruch besitze.

Es gebe u.a. die Maßnahme der vorübergehenden Überbelegung der betreffenden Einrichtung. Er betonte insbesondere die geleistete Arbeit der Träger und Mitarbeiter vor Ort. Parallel würden auch Gespräche geführt mit dem Bereich der Kindertagespflege.

Herr **Basibüyük** bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage. Er habe gehört, dass es Kindergärten gebe, die Flüchtlingskinder bei der Vergabe von Plätzen zur besseren Integration bevorzugen würden. Dies sei für eine Akzeptanz problematisch.

Herr **Winkler** führt an, dass diese Vermutung ausgeräumt werden sollte.

Der **Vorsitzende** führt an, ein solches Vorgehen sei nicht bekannt. Es gebe entsprechende Bedarfslisten und es werde versucht, diese mit den vorhandenen Möglichkeiten abzuarbeiten.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

### **c) Anfrage der ALFA-Kreistagsfraktion zum Thema Integrationsangebote für Flüchtlinge und Asylbegehrende vom 23.03.2016**

Der **Vorsitzende** führt aus, dass Integrationskurse derzeit im Rhein-Lahn-Kreis vom Institut für Schulung und Beruf und mit Zweigstellen im Kreisgebiet sowie der Kölner Wirtschaftsfachschule angeboten würden.

Die Kreisvolkshochschule sei Kooperationspartner und führe den Orientierungskurs und Orientierungskurstest durch.

Die Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs ergebe sich aus § 44a Aufenthaltsgesetz. Ein Ausländer sei zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet, wenn er einen Anspruch auf Teilnahme habe und sich nicht zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen könne oder er zum Zeitpunkt der Erteilung eines Aufenthaltstitels nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfüge oder er Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch beziehe und die Teilnahme am Integrationskurs in einer Eingliederungsvereinbarung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch vorgesehen sei oder er in besonderer Weise integrationsbedürftig sei und die Ausländerbehörde ihn zur Teilnahme am Integrationskurs auffordere.

Der Bedarf an Sprachkursen könne derzeit gedeckt werden. Die Kreisvolkshochschule biete zudem Deutschkurse für Flüchtlinge entsprechend der Förderrichtlinie der Bundesagentur für Arbeit an sowie - finanziert durch die Projektförderung des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen - bereits seit Jahren Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten je nach Bedarf an verschiedenen Orten im Kreisgebiet. Zudem würden durch die hochmotiviert ehrenamtlich tätigen örtlichen Flüchtlingsinitiativen flächendeckend Sprachkurse angeboten.

Er bedankt sich in diesem Zusammenhang insbesondere auch bei den Willkommenskreisen und führt an, dass der Bericht der Niederschrift beigelegt werde (Anlage 3).

Herr **Basibüyük** bedankt sich für die Ausführungen. Er erkundigt sich, dass eine Verpflichtung nicht gleichbedeutend damit sei, dass auch alle Personen teilnehmen würden und fragt daher an, ob und mit welchen Konsequenzen eine Nichtteilnahme verbunden sei.

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Fragestellung der Anfrage. Bezüglich weiterer Auskünfte müsse hier zunächst bei der Fachabteilung angefragt werden. Weitere Informationen könnten dann zu einem späteren Zeitpunkt gegeben werden.

Herr **Boller** betont, man sei bemüht, alle Leute in entsprechenden Kursen unterzubringen und die Menschen würden das Angebot sehr gut und auch gerne annehmen. Man müsse auch aufzeigen, dass dies im Rhein-Lahn-Kreis sehr positiv verlaufe.

Herr **Lenz** führt an, die Kurse würden nach seiner Wahrnehmung gut angenommen werden.

Herr **Winkler** merkt an, dass es darauf ankomme, ob das Gesetz entsprechende Sanktionen vorsehe oder nicht. Dies sei keine Angelegenheit der Verwaltung.

Herr **Basibüyük** ergänzt, dass eine Anfrage nicht negativ aufgefasst werden sollte. Es könne auch festgehalten werden, wenn der Ablauf im Rhein-Lahn-Kreis positiv zu bewerten sei.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

### **Punkt 8:**

#### **Einwohnerfragestunde**

Es liegen *keine* Fragen vor.

### **Punkt 9:**

#### **Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes**

Der **Vorsitzende** informiert darüber, dass sich der Start des Ankunftsentrums Diez aus organisatorischen Gründen verzögere.

Zudem informiert er bezüglich des Projektes Breitbandausbau im Rhein-Lahn-Kreis, dass ein symbolischer Spatenstich für Montag, den 25.04.2016 um 13.30 Uhr in der Gemarkung Wasenbach, Verbandsgemeinde Diez, terminiert sei. Die Einladungen seien an die Mitglieder der Lenkungsgruppe, in der alle Fraktionen vertreten seien, sowie an die beteiligten Bürgermeister und die Vertreter des Innenministeriums versandt worden.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Information zur Kenntnis.

## II. Nichtöffentliche Sitzung:

### Ausschreibungsverfahren

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 08. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode um 19.30 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

gez.

(Frank Puchtler)  
Landrat

**Die Schriftführerin:**

gez.

(Anna Klein)